



Fehlende Schlagkraft: Die Verbände der Energiewirtschaft

Die Unternehmen der Energiewirtschaft genießen nicht den besten Ruf. Häufig werden sie als Monopolisten und Preistreiber angesehen, auch wenn sie tatsächlich im Wettbewerb agieren. Sie gelten gemeinhin als die Hauptverantwortlichen für die Treibhausgasemissionen, und zwar auch in Fällen, in denen sie gar keine Kraftwerke betreiben und massiv in erneuerbare Energien investieren. Die genaue Funktion des Unternehmens wird vom einfachen Mann auf der Straße dabei kaum wahrgenommen. Ob das betreffende Unternehmen als Grundversorger für Strom und Gas, Netzbetreiber, Energiehändler oder Energiedienstleister am Markt agiert, ist für ihn weitgehend unerheblich. Allenfalls Unternehmen, die keine Versorgungsaufgaben erfüllen, sondern primär in erneuerbare Energien investieren, werden in der Bevölkerung positiv wahrgenommen.

Entsprechend schlecht werden die Unternehmen der Energiewirtschaft von der Politik behandelt. Es kostet jedenfalls keine Wählerstimmen, wenn man die Energieunternehmen mit immer neuen und absurden Vorschriften drangsaliert. Man vergleiche einmal den Rechtsrahmen für die Energiewirtschaft mit demjenigen für die Automobilwirtschaft: Während die Energiewirtschaft als Prügelknabe der Nation mit einer ausufernden Gesetzgebung konfrontiert ist, wird die Automobilwirtschaft, die über ein insgesamt positives Image verfügt und des Deutschen liebstes Kind produziert, vergleichsweise mit Samthandschuhen angefasst. Hierbei spielt neben dem unterschiedlichen Image beider Branchen sicherlich auch eine Rolle, dass die deutsche Automobilwirtschaft ihre Produkte in alle Welt exportiert und im Falle zu strenger Regularien seitens des Gesetzgebers Arbeitsplätze ins Ausland verlagert. Die Unternehmen der Energiewirtschaft agieren hingegen innerhalb der Landesgrenzen und können im Regelfall nicht weglaufen.

Die Probleme, mit denen sich die Energiewirtschaft konfrontiert sieht, sind aber zumindest teilweise auch hausgemacht. So wirkt sich die große Vielfalt der Verbände und die damit verbundene Vertretung von Partikularinteressen nicht positiv auf die Branche insgesamt aus. Im Gegenteil: Die große Vielfalt der Verbände schwächt die Stellung der Branche gegenüber der Politik. Die Energiewirtschaft spricht nicht mit einer Stimme, sondern mit einer Vielzahl ähnlicher, teilweise aber auch sich widersprechender Stimmen. Dem versuchen die Verbände u. a. dadurch entgegenzuwirken, dass sie zu Gesetzesvorhaben gemeinsame Stellungnahmen abgeben. Das ist grundsätzlich ein richtiger Ansatz: Wenn die Politik merkt, dass sich zu einem bestimmten Problem die Verbände mit *einer* Stimme äußern, ist die Wahr-

scheinlichkeit, dass sie das Anliegen ernst nimmt und sich mit diesem auseinandersetzt, höher als wenn die Verbände eine Vielzahl von ähnlichen Stellungnahmen einreichen. Problematisch wird es aber, wenn die Abgabe gemeinsamer Stellungnahme durch immer dieselben Verbände zum Regelfall wird. Hier stellt sich die Frage, warum man die dafür erforderlichen Ressourcen in den Verbänden gleich mehrfach vorhalten und seitens der (häufig identischen) Mitgliedsunternehmen gleich mehrfach finanzieren muss.

Allein die Zahl der Verbände, die sich zu Gesetzesvorhaben im Bereich des Contracting äußern, ist erheblich. So melden sich fast schon traditionell der Verband für Wärmelieferung, das ESCO Forum im ZVEI und der Fernwärmeverband AGFW zu Wort. Daneben geben regelmäßig auch der BDEW, der Verband kommunaler Unternehmen, der Bundesverband Kraft-Wärme-Kopplung und die DENEFF eine entsprechende Stellungnahme ab. Das von mir geleitete Forum Contracting hält sich hingegen bei Stellungnahmen zu Gesetzesvorhaben weitgehend zurück, was primär darauf zurückzuführen ist, dass sich das Forum Contracting nicht als klassischer Branchenverband versteht, sondern als unabhängige Fachorganisation, die auf die Strukturierung und Vermittlung von Fachwissen ausgerichtet ist und keine Lobbyarbeit im politischen Raum betreibt.

Ein Zusammenschluss von Verbänden, um die Schlagkraft gegenüber der Politik zu erhöhen, wäre sicherlich ein Schritt in die richtige Richtung. Selbst wenn solche Zusammenschlüsse im Einzelfall in Zukunft nicht ausgeschlossen sind, wird es aber wohl keine Fusionswelle geben. Zu ausgeprägt sind die Partikularinteressen der einzelnen Verbände und zu groß ist der Widerstand in den Führungsebenen dieser Verbände. Auf der anderen Seite nimmt die Bereitschaft der Unternehmen, eine Vielzahl von gleichgelagerten Mitgliedschaften zu unterhalten und entsprechende Mitgliedsbeiträge zu entrichten, stetig ab. Der Austritt aus demjenigen Verband, der die schlechtere Arbeit leistet, ist die logische Konsequenz. Es ist daher davon auszugehen, dass sich – wie im wirklichen Leben – auch bei den Verbänden mittel- bis langfristig nur diejenigen durchsetzen, die kontinuierlich hochwertige Arbeit leisten. Das wird zu einer gewissen Marktberreinigung in der Verbändelandschaft beitragen. Diese Marktberreinigung wird sich aber in Grenzen halten und im Zweifel nicht ausreichen, um die gewünschte Schlagkraft gegenüber der Politik zu erhöhen.

Rechtsanwalt Dr. Andreas Klemm, Düsseldorf